

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

**ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK**

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCMOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang Samstag, 26. Mai 1934 Nr. 121

Falschmeldungen über die ungarische Sozialdemokratie

Was das „Prager Tagblatt“ erzählt — und wie die Wahrheit aussieht!

Budapest, 25. Mai. (Eigenbericht.) Das „Prager Tagblatt“ veröffentlichte am 24. und 25. Mai Telegramme oder Informationen aus Budapest, die auf ganz falschen Grundlagen beruhen, die Tatsachen verkehrt darstellen und geeignet sind, ein völlig unzutreffendes Bild von den politischen Vorgängen in Ungarn und insbesondere von der Haltung der ungarischen Sozialdemokratie zu liefern. Vor allem ist es völlig falsch, daß die ungarische sozialdemokratische Partei der Aufforderung des Ministerpräsidenten Gömbös, ihr Programm zu revidieren und sich der nationalen Front des Bürgertums anzuschließen, „in gewissem Sinne Folge geleistet und ein neues Arbeitsprogramm ausgearbeitet“ habe, „das eine bemerkenswerte Annäherung an die bürgerliche Auffassung über das Privateigentum darstellt“. Die ungarische sozialdemokratische Partei und die Redaktion ihres Organs, der „Nepszava“, legen Wert auf die Feststellung, daß hier das bürgerliche Blatt die Dinge verdreht. Ministerpräsident Gömbös hat kürzlich in seiner Budgetrede die Arbeiterfragen ignoriert und ist deswegen von der „Nepszava“ angegriffen worden. Daraufhin nun hat der Ministerpräsident die Rede in jener zweiten Rede, über die das „Prager Tagblatt“ am 24. Mai berichtete, erklärt, daß er mit der Sozialdemokratie aufrichtig sprechen wolle und von ihr fordere, in die nationale Front einzutreten und dort die Interessen der Arbeiter zu vertreten, worauf dann Gömbös und das Bürgertum den Arbeiterforderungen Genüge leisten würden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Fehér antwortete dem Ministerpräsidenten in einer ab-

solut sozialistischen, von marxistischer Auffassung getragenen Rede, daß die ungarische Sozialdemokratie stets die Vertretung der nationalen ungarischen Interessen einzig und allein durch die richtige Vertretung der Arbeiterinteressen als gewahrt ansah und nach wie vor der Meinung ist, daß die sozialistische Weltanschauung und das sozialdemokratische Programm am sichersten das Gedeihen Ungarns verbürgen.

Von einer Programmänderung im Sinne des „Prager Tagblatt“ ist keine Rede innerhalb der ungarischen Sozialdemokratie.

Das neue Arbeitsprogramm, das das „Prager Tagblatt“ zitiert, liegt gar nicht vor. Die Parteivertretung der ungarischen Sozialdemokratie hat schon vor einigen Monaten beschlossen, ein neues Aktionsprogramm auszuarbeiten, das aber noch nicht einmal begonnen wurde, so daß also alles, was in bürgerlichen Blättern über neue Richtlinien oder gar über konkrete Einzelheiten berichtet wird, aus den Fingern geflochten ist.

Ueberflüssig zu sagen, daß von einer Annäherung an die bürgerliche Auffassung vom Privateigentum keine Rede ist. Alle sozialistischen Agrarprogramme unterscheiden sehr wohl das Ausbeutungseigentum des Großgrundbesitzers vom Arbeitseigentum des schaffenden Bauern und nur Anerkennung der Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Landwirtschaft kann das „Prager Tagblatt“ zu seinen Schlussfolgerungen gelangen lassen.

Weitere Anzeichen einer Besserung Der Monatsbericht des Bankrates

Prag, 25. Mai. Der Bankrat der Nationalbank hielt heute seine ordentliche Monatsversammlung ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:
Die Weltwirtschaftsentwicklung wies im verflossenen Zeitabschnitt eine ruhige Tendenz in der fortschreitenden Besserung auf. Die weiteren Voraussagen für diese Beziehung sind jedoch in einem bedeutenden Maße von der Kristallisierung großer wirtschaftlicher und politischer Fragen internationaler Bedeutung abhängig; hauptsächlich sind dies Fragen der zwischenstaatlichen Versöhnung und der Formulierung des Transferproblemes.

Auch die Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei spiegelt im verflossenen Monate weitere Anzeichen einer sich verbreitenden Besserung wider, sowohl auf dem innerstaatlichen Gebiete als auch besonders im Waren-Exportabfah auf den freien Märkten, während auf den geschützten Märkten die bisherigen Schwierigkeiten in der Warenausfuhr fortbestanden, und stellenweise noch durch das erhöhte Valutenrisiko verstärkt wurden.

Die Entwicklung der Großhandelspreise widerspiegelt die Tendenz der internationalen Märkte und die inländischen frühjährlichen Anlässe. Die Preisverschiebungen waren gering. Der Index der Großhandelspreise ist zum 1. Mai und der Index der Einzelhandelspreise zur mittleren Aprilwoche mäßig gesunken.

Die günstigen Witterungsverhältnisse und der rasche glatte Verlauf der frühjährlichen Feldarbeiten beschleunigten den außerordentlichen Wuchs der Vegetation. Deren Entwicklung ist im ganzen versprechend. Die Regenfälle, die sich anfangs der zweiten Maihälfte stellenweise einstellten, konnten nicht alle durch die Hitze und Trockenheit verursachten Schäden wettmachen, brachten jedoch der gesamten Vegetation wesentlichen Nutzen.

Die Belegung der Industrieerzeugung hat sich im letzten Monat in einer Reihe von Branchen weiter erhöht. Der Beginn der frühjährlichen Saison ist bisher schwach. Die Arbeitslosigkeit befindet sich weiter im Sinken.

Der Außenhandel war im April I. J. etwas günstiger als im April des Vorjahres; im Vergleich mit dem März I. J. ist sein Umfang, was die Ausfuhr anbelangt, mäßig gesunken. Die erhöhte Rohstoffzufuhr dauert an. Auch die Fertigwarenausfuhr gestaltet sich günstiger als im Vorjahr. Auf den durch Kontingente resp. Devisen- und andere Hindernisse gebundenen Exportmärkten lassen die bisherigen Absatzschwierigkeiten nicht nach. Der Kurs der Kč auf den Auslandsmärkten war in diesem Zeitabschnitt ruhig und ihre technische Position fest.

Die Rache der Dollfußchristen wütet weiter

Hundert Parteien des Sandleiten-Hofes sollen auf die Straße gesetzt werden

Die Entlassung einer Anzahl von Sozialdemokraten aus den österreichischen Gefängnissen ist offenbar eine zur Täuschung des Auslandes berechnete Aktion, welche die absolute falsche Vorstellung erwecken soll, daß das Regime der Heimwehrchristen eine Schwächung zur Mäßigung vorgenommen hat. Der Rachefeldzug gegen die Angehörigen der sozialdemokratischen Bewegung geht weiter.

Gerade kommt uns aus Wien die verbürgte Nachricht zu, daß mit 1. Juli umfangreiche Kündigungen in den Gemeindefamilien geplant sind. Allein in der Wohnbauanlage Sandleiten in Wien-Dittafing sollen 100 Familien auf dem Pflaster gesetzt werden und zwar vornehmlich Angehörige von

Auch in Rumänien Dutschgelüste?

Bukarest, 25. Mai. In hiesigen politischen Kreisen ist heute eine gewisse Unruhe zu bemerken, die mit den jüngsten Audienzen des Marschalls Averescu und mit der heutigen Audienz des Ministerpräsidenten Tatarescu und des Unterrichtsministers Angelescu beim König im Zusammenhang stehen dürfte.

Einige führende rumänische Politiker, die außerhalb der Hauptstadt weilten, sind nach Bukarest zurückgekehrt, während andere Politiker die vorbereitete Abreise aus Bukarest verschoben haben. In den Kreisen der rumänischen Liberalpartei wird vollkommene Ruhe bewahrt.

Das Blatt des Marschalls Averescu „In-Dreptarea“ lehnt entschieden die Anschauung ab, als würde der Empfang des Marschalls beim König einen politischen Hintergrund haben, und betont, daß es sich lediglich um Fragen der Ausrustung der rumänischen Armee handle.

Trotzdem entging es der politischen Defensivität nicht, daß der Marschall vor und nach der Audienz beim König Beratungen mit politischen Führern hatte.

Fey fühlt sich nicht sicher Mehr Polizei, mehr Gendarmen, mehr Tanks

Wien, 25. Mai. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Wiener Polizeibeamten teilte Sicherheitsminister Fey die Hauptumrisse der geplanten Polizeireformen mit. Der Stand der Polizeimannschaft, die in den letzten Jahren von 8000 auf 6000 Mann herabgesetzt wurde, wird allmählich wiederum auf 8000 Mann erhöht werden, desgleichen wird der Stand der Gendarmen, der eine Herabsetzung von 12.000 auf 5000 erfahren hat, auf 10.000 ergänzt werden. Die Polizei, die in Schobers Zeiten teilweise mit Panzerautomobilen, automatischen Pistolen und Sturmhelmen ausgerüstet war, wird einige neue Tanks modernsten Typs erhalten und sämtliche Beamten der sogenannten Ueberfallkommanden werden mit automatischen Pistolen ausgerüstet werden. Auch mit Stahlhelmen wird das gesamte Sicherheitskorps nach und nach ausgestattet werden.

Eugen bei Dollfuß Nun beginnt die Packerei erst richtig

Wien, 25. Mai. Der gestern in Wien eingetroffene ehemalige Erzherzog Eugen stattete Vormittag dem Bundeskanzler Dollfuß einen Besuch ab und sprach ihm den Dank für die Entschließung der Bundesregierung aus, die ihm die Rückkehr nach Österreich gestattete.
Was sonst noch ausgehandelt wurde, steht in dem offiziellen Bericht natürlich nicht darin!

Christlichsoziale, wohin?

Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei hat in der allerjüngsten Zeit, zwar nicht durch irgendwelche gesamtparteiliche offizielle Kundgebung, aber wohl durch den Mund etlicher ihrer führenden Männer und durch Äußerungen in der christlichsozialen Presse, sich bemüht gefühlt, auf das Festhalten der sudetendeutschen Christlichsozialen an der Demokratie deutlich hinzuweisen. Das verdient, besonders verzeichnet zu werden. Denn bis vor kurzem konnte man unseren Christlichsozialen wahrhaftig alles andere eher nachsagen, als eine einwandfreie demokratische Haltung. Und eben deswegen gebietet die sichtbare Wendung, die zunächst von außen her bei den Christlichsozialen festzustellen ist, Aufmerksamkeit und vorsichtige Untersuchung.

Werfen wir einen raschen Blick in die letzte Vergangenheit der Christlichsozialen — über deren bürgerlich-kapitalistische Einstellung, über deren sozialreaktionäres Wirken in der Bürgerregierung und über deren rückschrittliche Stellung in Kulturfragen hier nicht erst gesprochen werden muß — so ist als auffallendstes Kennzeichen ihrer politischen Haltung seit dem Ausbruch der großen politischen Krise in Mitteleuropa die Tatsache festzustellen, daß die sudetendeutschen Christlichsozialen zunächst jeder reaktionären Erscheinung, die wir in den letzten Jahren rings um uns erleben, mehr oder weniger Sympathie zollten. Die Christlichsozialen waren lange genug, fast bis zur Selbstauflösung oder bis zum Verbot der sudetendeutschen Hakenkreuzparteien, auf erträgliche Nachbarschaft mit diesen Erzfeinden der Demokratie, der Freiheit, der Menschlichkeit bedacht; die Christlichsozialen zeigten, als der Faschismus in Deutschland seine Herrschaft antrat, mehr als wohlwollendes Verständnis für diesen Umsturz, in dem sie vor allem wieder einmal den Anfang zur totalen Niederwerfung des „Marxismus“ in aller Welt erblickten; die Christlichsozialen waren begeistert über die blutige Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterschaft in Österreich und über die Diktatur des Dollfuß, den sie als den ihren betrachteten. Und unsere Christlichsozialen waren es, die bis vor kurzem dem Herrn Konrad Henlein halfen, unter seiner, in ihren Farben jetzt noch nicht deutlichen Kappe sein deutschnational-hakenkreuzerisches Wesen zu tarnen.

Diese Christlichsozialen dürfen sich also nicht wundern, wenn wir den demokratischen Vorkenntnissen, die sie seit ein paar Wochen mit überwachender Lautstärke ablegen, etwas festlich gegenüberstellen. Aber wir wollen dennoch nicht ausschließen, daß ihre Wendung mehr als Zugend aus Not ist, daß sie aus den Ereignissen gelernt haben, und daß die Tatsachen, aus denen sie nach außen Konsequenzen zogen, in stände sein könnten, die Christlichsozialen bei uns auch nach innen zu wandeln. Sie mußten erleben, wie es den Popolari in Italien ging; sie sahen den Untergang des Zentrums im Reich; sie sahen die Ueberwältigung der Kirche in Hitlerdeutschland. Und so mußten sie zu der Erkenntnis kommen, daß auch ihnen die faschistische Diktatur nur nehmen und nichts geben kann, und daß insbesondere in der Tschechoslowakei (an deren Demokratie sie nichts ändern können, auch wenn sie wollten), auch der christlichsozialen Weltanschauung und ihrer Werbearbeit die freieste Entwicklung eben nur erhalten bleibt, wenn hier auch von deutscher bürgerlicher Seite eine demokratische Politik verfolgt wird. Nimmt man hinzu, daß jene Arbeiter, die im deutschkristlichen Lager stehen, natürlich die Bedeutung der Demokratie heute mehr denn je erfassen müssen — da sie ja in Italien, Deutschland und Österreich unter den Diktaturen die Rechte aller Arbeiter verloren gehen sehen — so versteht man schon, daß die christlichsoziale Partei jetzt einschwenkt.

Freilich ist dabei der Umstand nicht gleichgültig, daß entscheidender als die genannten Ge-

